

DeSaFor – Newsletter

Ausgabe Februar 2021

Liebe Mitglieder und Freunde von DeSaFor,

es ist einige Zeit vergangen seit wir Ihnen unseren letzten Newsletter zugesandt haben. Wir waren aber nicht untätig und haben uns intensive Gedanken darüber gemacht, wie wir in diesen Zeiten den Austausch mit Ihnen aufrechterhalten und verbessern können. Ich freue mich, Ihnen dazu heute zwei konkrete Ergebnisse präsentieren zu können.

Da ist zunächst dieser Newsletter. Er ist noch etwas umfangreicher geraten, aber es gibt auch einiges zu berichten. Die vielen guten Absichten der südafrikanischen Regierung zu Beginn des letzten Jahres sind durch die brutale Wirklichkeit der ersten und einer zweiten stärkeren Welle der Corona-Pandemie eingeholt worden. Jetzt kämpft das Land mit einer mutierten Variante des Virus, gegen die verfügbare Impfstoffe wohl nur begrenzt wirken.

Wir greifen die diesjährige Rede zur Lage der Nation von Präsident Ramaphosa und andere aktuell diskutierte Themen mit Blick auf künftige Entwicklungen Südafrikas auf. Im März werden wir Ihnen eine Analyse des von Finanzminister Tito Mboweni Ende diesen Monats einzubringenden Haushalts übermitteln. Informieren wollen wir Sie auch über die Entwicklung der innerparteilichen Auseinandersetzung im ANC zum Umgang mit den Funktionsträgern, die als korrupt und Teil der „State Capture“ der vergangenen Jahre gelten – einschließlich des ehemaligen Präsidenten Jacob Zuma.

Das zweite Ergebnis unserer Überlegungen, wie wir uns als Verein trotz der gegenwärtigen Beschränkungen mit Ihnen und vielen Interessenten an unserer Arbeit austauschen können ist unser neues Format „Let’s talk about...“.

Jeweils in der letzten Woche des Monats wollen wir Ihnen einen „Video-Gesprächsabend“ anbieten. Wir werden Ihnen dabei interessante Gesprächspartner*innen zu unterschiedlichen Themen aus Deutschland und Südafrika vorstellen und Ihnen Gelegenheit zum persönlichen Austausch mit unseren Gästen bieten – möglichst kurzweilig, auch wenn das derzeit alles nur virtuell und im Rahmen einer Videoschaltung möglich ist.

Wir freuen uns, dass wir für den Auftakt am 23. Februar 2021 den Geschäftsführer der Deutschen Industrie- und Handelskammer für das südliche Afrika in Johannesburg, Matthias Boddenberg, gewinnen konnten. Ich freue mich auf das Gespräch mit ihm und ebenso über eine beachtliche Anzahl von Anmeldungen für diese Premiere.

Am 30. März 2021 wird unser Vorstandsmitglied Peter Conze ein Gespräch mit Dr. Stefan Mair, dem Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, führen. Als ehemaliges Mitglied der Hauptgeschäftsführung des BDI wird unser Gast nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Perspektive beleuchten.

Für die dritte Veranstaltung am 27. April 2021 hat Hans-Werner Bussmann den Filmmacher und Produzenten Giselher Venzke zum Gespräch eingeladen, um mit ihm über die Chancen deutsch-südafrikanischer Kooperation in der Filmwirtschaft zu sprechen.

Wir freuen uns auf ein reges Interesse an diesem Format und auf den einen oder anderen Tipp von Ihnen, wen wir einladen bzw. welches Thema wir behandeln sollten.

Mit besten Grüßen
Ihr Klaus Brückner



In diesem Newsletter:

“State of the Nation Address 2021” – Ramaphosas vertane Chance

Südafrika in der Corona-Falle?

Tipps und Hinweise unserer Mitglieder

**National Development Plan – Vision 2030
Der Stand der Dinge**

**It’s the economy – stupid!
Oder sind es doch die Narrative?**

**Landreform in Südafrika –
Weg in die Katastrophe
oder zwingende Notwendigkeit**

Deutsch-Südafrikanisches-Forum e.V.

www.desafor.de

Kontakt:

info@desafor.de

Adresse:

DeSaFor
c/o K. Brückner
Ringstraße 101b
12203 Berlin

State of the Nation 2021

Ramaphosas vertane Chance

Wer nicht viel erwartet, kann auch nicht enttäuscht werden – so könnte man den Eindruck von der diesjährigen *State of the Nation Address* – SONA – des südafrikanischen Präsidenten kurz zusammenfassen (den vollen Text finden Sie [hier](#)). Bereits die Umstände waren ernüchternd. Das jährlich im Februar stattfindende politische Großereignis im Parlament in Kapstadt fiel in diesem Jahr Corona-bedingt aus. Der Präsident musste auf den sonst üblichen und eindrucksvollen Auftrieb von bis zu 1000 Gästen verzichten und konnte seine Ansprache im Parlament nur vor wenigen ausgewählten Abgeordneten und Gästen halten. Die Presse und die politische Prominenz konnten die Rede nur an ihren Bildschirmen verfolgen – so wie die Menschen im Lande.

So gibt es weder unmittelbare Eindrücke von der Stimmung und den Reaktionen auf die „*performance*“ des Präsidenten, und es bleibt nur der Blick auf den Inhalt seiner „Rede zur Lage der Nation“. Und der, da sind sich politische Kommentatoren und Beobachter einig, ist so ernüchternd wie die Begleitumstände der vierten SONA von Staatspräsident Cyril Ramaphosa.

Dabei gab es im Vorfeld Erwartungen, dass er angesichts aktueller Entwicklungen und Diskussionen im Land die Chance

dieser vierten SONA seiner Amtszeit ergreift, seine Entschlusskraft und Handlungsfähigkeit zu verdeutlichen – nun endlich, wie manche Beobachter meinen. Im Ergebnis darf man wohl feststellen, dass er, wenn es diese Chance tatsächlich überhaupt gibt, sie – einmal mehr – hat verstreichen lassen.

In seinem bilderreichen und angesichts der Pandemie empathischen Beginn formuliert Ramaphosa zwar selbst den Anspruch, dass seine diesjährige SONA ein Signal des Aufbruchs in ein Jahr sei, „*in dem wir uns erheben*“ und in eine „*Zeit des Wandels, des Fortschritts und der Wiedergeburt*“. Seine umfangreichen und oft technisch detaillierten Ausführungen werden diesem Anspruch jedoch nicht gerecht. Alles scheint – mit Ausnahme der Ausführungen zur aktuellen Pandemie-Bekämpfung – sehr vertraut, weil schon

oft gelesen und gehört. Das wäre nachvollziehbar, wenn er Bilanz und Ausblick mit einer klaren persönlichen Position verbunden hätte, dass er als für das Wohl der Menschen in Südafrika verantwortlicher Staatspräsident mit allen Mitteln und aller Kraft das Land vor die Partei und die Werte der Verfassung vor die Interessen Einzelner und nachweislich korrupter Eliten in Staat und Gesellschaft stellen werde.

Bei gutem Willen kann man die Tatsache, dass Ramaphosa in seiner protokollarischen Einleitung den früheren Staatspräsidenten Jacob Zuma unerwähnt ließ, als einen zurückhaltenden Hinweis auf eine Distanzierung zu seinem Vorgänger interpretieren. Grund genug gibt es angesichts dessen Verhalten.

Nur wenige Tage zuvor hatte sich Zuma in einer öffentlich gemachten „Teestunde“ in seinem Haus in KwaZulu-Natal mit Julius Malema, dem EFF-Vorsitzenden und früheren Hauptkritiker, sowie mit dem schon vor Jahren mit Korruptionsvorwürfen belasteten ANC-Funktionär und NEC-Mitglied Toni Yengeni getroffen. Eine bewusste Provokation wenige Tage vor der SONA und kurz nachdem Zuma verkündet hatte, dass er der Anordnung des Verfassungsgerichtes, vor der Zondo-Kommission auszusagen, nicht folgen werde.



Eine SONA in schwieriger Zeit

Es ist unbestritten, dass die kurz nach der letzten SONA 2020 auftretende Corona-Pandemie viele der vor einem Jahr entwickelten Perspektiven und Planungen infrage gestellt hat. Politisches Gestalten und Handeln war mindestens erschwert, wenn nicht gar unmöglich.

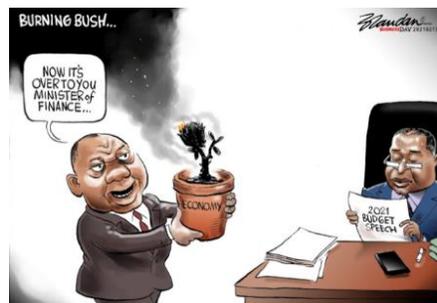
Zweifellos anzuerkennen ist auch, dass Südafrika und insbesondere Präsident Ramaphosa durch zunächst entschlossenes und rasches Handeln erfolgreich schlimmere Auswirkungen der **Corona-Pandemie** verhindert haben. Darauf kann der Präsident zu Recht verweisen – auch mit Blick auf die Herausforderungen der zweiten Welle durch eine mutierte Variante des Virus und die enttäuschende Erkenntnis, dass der bestellte AstraZeneca-Impfstoff dagegen nur begrenzt wirkt. (s. hierzu auch: H.W. Bussmann – *Südafrika in der Corona-Falle?*)

Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie sind für das „angeschlagene“ Land dramatisch - auch ohne die fortgesetzte und in der Pandemie einmal mehr deutlich gewordene Selbstbedienungsmentalität korrupter Eliten.

Die Wirtschaft ist im dritten Quartal 2020 gegenüber dem letzten Quartal 2019 um 6 % geschrumpft, die Zahl der Arbeitslosen noch einmal um 1,7 Mio. Menschen gegenüber Anfang 2020 gestiegen; die Arbeitslosenquote lag im III. Quartal 2020 bereits deutlich über 30 % und dürfte weiter gestiegen sein. Die Armut nimmt zu und die Schere der Ungleichheit öffnet sich weiter. Der ohnehin überstrapazierte Staatshaushalt musste in mehreren Schritten angepasst werden – mit rund 500 Milliarden Rand (ca. 25 Milliarden €) oder ca. 10 % des Bruttoinlandsproduktes für das Interventionsprogramm der Regierung mit Bargeldzuschüssen für die Ärmsten, Lohnzuschüssen für Beschäftigte und Hilfen für Unternehmen.

Zusätzlich wurden Steuererleichterungen für Unternehmen im Umfang von rd. 70 Milliarden Rand und noch einmal knapp 20 Milliarden Rand für ein Kreditgarantieprogramm bereitgestellt. Die

Schuldenquote des Staates steigt weiterhin entgegen den positiven Prognosen des Finanzministers im letzten Jahr auf deutlich über 80 %. Man darf gespannt sein, welche Rezepte er noch in den Geheimschatullen der Treasury gefunden haben und in seiner Haushaltsrede Ende Februar vorstellen wird (dazu wird es einen Sonder-Newsletter geben).



Die Wiederbelebung von Wirtschaft und Beschäftigung

sieht der Präsident dennoch auf gutem Weg. Doch ist sein positiver Bericht zu massiven öffentlichen Investitionen, zur Steigerung privater Investitionen und der lokalen Produktion, sowie die Berichte über zusätzliche Beschäftigungsimpulse und den beschleunigten Ausbau der Energieerzeugung bei genauerem Hinsehen auch belastbar?

Zu den öffentlichen Investitionen liege eine „Projektpipeline“ für **Infrastrukturmaßnahmen** i.H.v. 40 Milliarden Rand vor. Sie umfasse die Planungen für den Netzerkusbau bei Energie, Wasser, Transport und Telekommunikation, für zwei Siedlungsprojekte für die Wohnraumversorgung für 68.000 Haushalte in Gauteng gestartet worden, für die „Lanseria Smart City“ – das Pilotvorhaben zur Verwirklichung des Traums, „mit der räumlichen Entwicklung der Apartheid zu brechen“ – liege nun ein Masterplan zur

öffentlichen Stellungnahme vor und bei drei großen Wasserinfrastrukturprojekten (*Mokolo-, Crocodile-River, uMkhomazi*) werde „an der endgültigen Strukturierung der Projektfinanzierung gearbeitet“.

Nüchtern betrachtet sind das aber nur Zeichen eines ja durchaus vorhandenen guten Willens und eines ungebrochenen Vertrauens in schöne Pläne („*Planophilie*“ wie es seine Wirtschaftsberaterin *Trudy Makhaya* formuliert – s. Artikel zum Review des NDP). Der volkswirtschaftliche Nutzen von Plänen stellt sich aber nur ein, wenn sie tatsächlich und rasch umgesetzt werden, Arbeitsplätze schaffen und die Basis für wirtschaftliches Wachstum verbreitern. Auch wenn die Pandemie eine Herausforderung darstellt: Sie kann nicht allein für das Ausbleiben sichtbarer Erfolge verantwortlich gemacht werden, denn bauen kann man zum Beispiel auch unter den Bedingungen der Pandemie. Und zudem klingen 40 Milliarden Rand (rd. 2 Mrd. €) zunächst eindrucksvoll, sind aber bei den auch in Südafrika gestiegenen Kosten für Infrastrukturprojekte und angesichts eines großen Nachholbedarfes wohl eher nur ein Tropfen auf einen sehr heißen Stein.

Konkretere Ergebnisse konnte Ramaphosa allerdings bei privaten Investitionen vermelden. So habe das Programm zur **Stärkung der Produktion und des Verbrauchs einheimischer Produkte** zur deutlichen Steigerung der Geflügel- und Zuckerproduktion für den einheimischen Markt geführt. Ebenso optimistisch beschreibt er die konkreten Aussagen des Privatsektors zu Investitionen in der Bekleidungs-, Textil-, Schuh- und Lederindustrie sowie bei den Automobilherstellern (Ford und Toyota, aber auch Nissan, Mercedes-Benz und Isuzu).

Ramaphosas Bilanz nach insgesamt drei **Investitionskonferenzen** mit Zusagen von rund 773 Milliarden Rand klingt ebenfalls hoffnungsvoll. Wenn diese Zahlen belastbar sind, wären bereits rd. 65 % des für einen 5-Jahreszeitraum angestrebten Ziels von 1,2 Billionen Rand erreicht - gute Zeichen für die Attraktivität des Investitionsstandortes Südafrika!

Insgesamt scheint sich einmal mehr zu bestätigen, dass private Investitionen größere und schnellere Wirkung entfalten als Investitionsvorhaben der öffentlichen Hand, deren Umsetzung durch ineffiziente Verwaltungen und immer wieder neue Korruptionsfälle behindert wird.

Als entscheidende Faktoren für wirtschaftlichen Aufschwung nennt Ramaphosa den noch zu implementierenden *Black Industrial Fund*, sowie die Beschleunigung der Politik des *Black Economic Empowerment* in Bezug auf Eigentum, Kontrolle und Management der Wirtschaft. Zudem verweist er auf die Chancen der gerade neu gegründeten *Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone (AfCFTA)*, in die Märkte des Kontinents zu expandieren und Südafrika als Tor zum afrikanischen Kontinent zu positionieren.

Zu Recht sehr besorgt ist der Präsident über die **Beschäftigungslage**. Letztlich sei es vor allem der Privatsektor, der Arbeitsplätze schaffen könne und müsse; die öffentliche Hand könne nur unterstützen. Das öffentlich finanzierte Beschäftigungsprogramm „*Presidential Employment Stimulus*“ zur Ausweitung öffentlicher und sozialer Beschäftigung - in den Bereichen Bildung, Kultur, frühkindliche Entwicklung, Klein- und Subsistenzlandwirtschaft – habe bisher neue Arbeitsmöglichkeiten

für 430.000 Menschen gebracht; weitere 180.000 seien in Planung.

Das Zuschussprogramm für Jungunternehmer*innen sei durch die Pandemie ins Stocken geraten; dennoch seien 1000 Unternehmen gegründet worden und das Ziel, 15.000 Unternehmen bis 2024 zu fördern bleibe weiterhin realistisch.

Zu den derzeit in der *National Planning Commission (NPC)* diskutierten Vorschlägen, wie Südafrika die angestrebten wirtschaftlichen Entwicklungsziele trotz der Pandemie nach deren Überwindung noch erreichen kann, äußerte sich der Präsident nicht. (s. hierzu auch K. Brückner: „*National Development Plan – Vision 2030 – Der Stand der Dinge*“)

Agrarwirtschaft und Landreform

Etwas versteckt und angesichts der immer stärker geführten kontroversen Diskussion erstaunlich zurückhaltend macht der Präsident Aussagen zur Landfrage.

Seine Feststellungen zur positiven Entwicklung des Agrarsektors – Aufstieg zum weltweit zweitgrößten Exporteur von Zitrusfrüchten, Anstiege bei Wein, Mais, Nüssen – ergänzt Ramaphosa mit der Bemerkung, dass dies eine Gelegenheit biete, „*die Landumverteilung durch eine Vielzahl von Instrumenten wie Landrückgabe und Enteignung von Land zu beschleunigen, um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern*“. Bislang seien 5 Mio. Hektar umverteilt worden – 5.500 Farmen für mehr als 300.000 Begünstigte und zusätzlich zur Übertragung von rd. 2,7 Millionen Hektar aus dem Landrückgabeprozess.

Derzeit befindet sich die Enteignungsgesetzgebung in ihrer entscheidenden

Phase (s. hierzu: „*Landreform in Südafrika – Weg in die Katastrophe oder zwingende Notwendigkeit?*“)

Die Befürworter stellen ihre Forderungen und äußern hohe Erwartungen, die Kritiker reagieren mit ihren starken Befürchtungen und artikulieren ihre Widerstände. Die Zurückhaltung von Ramaphosa in dieser Diskussion und an dieser Stelle mag als für eine SONA angemessen und politisch klug interpretiert werden.

Angesichts der elementaren Bedeutung dieser Frage für den gesellschaftlichen Diskurs und für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes wäre diese SONA jedoch eine gute Gelegenheit für Ramaphosa gewesen, nicht nur seine Richtlinienkompetenz als Staatspräsident und Regierungschef deutlich zu machen, sondern auch seine Entschlossenheit und seine politische Position als Parteiführer in dieser Frage zu demonstrieren und eine klare Orientierung für den Gesetzgebungsprozess zu geben.

Energieversorgung

Nach wie vor ist die **Versorgung des Landes mit Energie** bei gleichzeitigem Kampf gegen den Klimawandel auch für Südafrika eine große Herausforderung.

Die Strukturreform bei ESKOM sei vollzogen – die Aufteilung in drei separate Einheiten für Erzeugung, Übertragung und Verteilung schaffe die Grundlagen für eine Gesundung und Stärkung des Unternehmens. Zusätzlich gebe es nun einen ESKOM-Sozialpakt, mit dem die notwendigen Maßnahmen beschrieben werden,

In Stichworten: Was Präsident Ramaphosa bei seiner SONA 2021 unter anderem sonst noch wichtig war

Öffentlicher Dienst: Professionalisierung des öffentlichen Dienstes, Vertrauensbildung durch Aus- und Fortbildung und Leistungsvereinbarungen auch mit Kabinettsmitgliedern. Aber: Kein Wort zum Stand der Verhandlungen über die Reduzierung der immens hohen Gehälter im öffentlichen Dienst.

Operation Vulindela: Neustrukturierung und Überprüfung der Mandate der für Basis-Infrastruktur verantwortlichen Unternehmen und der staatseigenen Unternehmen. Aber: Keine Aussagen zum wachsenden Bedarf der Staatsunternehmen für Zuschüsse aus dem Staatshaushalt; kein Wort zu Privatisierungen.

Kriminalitätsbekämpfung: Erfolge bei der Untersuchung von Korruptionsfällen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Corona-bezogenen Materialien (s. auch H.W. Bussmann zu Corona), Fortschritte bei der Reform und besseren Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden; Umsetzung einer Nationalen Anti-Korruptions-Strategie, Einrichtung eines Anti-Korruptions-Beirats; verbessertes Management zu illegaler Einwanderung und grenzüberschreitender Kriminalität

Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt, Stärkung von Frauen: Verschärfung des Strafrechts und beschleunigte Verfahren bei geschlechtsspezifischer Gewalt; Gründung eines privaten „Gender Based Violence and Femicide Fund“ (GBVF); Förderung von Unternehmen, die von Frauen geführt werden.

die wir kollektiv und als einzelne Wählergruppen ergreifen müssen, um den Energiebedarf des Landes jetzt und in der Zukunft zu decken“ – was auch immer diese Formulierung mit Blick auf Tarife und Nutzungsbedingungen bedeutet.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten: ESKOM rechnet trotz aller Maßnahmen mit einer Stromversorgungslücke von 4.000 bis 6.000 Megawatt in den nächsten 5 Jahren – nicht zuletzt, weil einige Kohlekraftwerke schließen müssen.

Teil der Lösung soll nun eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien sein – 11.800 Megawatt sollen so in der Kombination mit Erdgas und Kohle zusätzlich beschafft werden. Konkret werden in diesem Jahr 2 große Ausschreibungen für die Erzeugung von Solar- und Windenergie durchgeführt. Dezentrale Erzeugung und Lieferungsverträge auf kommunaler Ebene sowie die Einbettung zusätzlicher Stromerzeugung sollen durch entsprechende Regelwerke ermöglicht bzw. erleichtert werden.

Die Regierung ist der UN-Klimarahmenkonvention und dem Pariser Abkommen

verpflichtet und wird die Reduzierung von Treibhausgasen vorantreiben. ESKOM hat sich entsprechend verpflichtet, bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen und seine Kohlekraftwerke umzunutzen. Neu gegründet wurde eine *Presidential Coordinating Commission on Climate Change*, die an diesen Planungen für eine kohlenstoffarme Wirtschaft und eine klimaresiliente Gesellschaft arbeitet.

Ein persönlicher Kommentar

„On a lighter note“: Die Reden zur Lage der Nation müssen einen Vergleich mit dem deutschen Fernsehprogramm nicht scheuen: Der Anteil der Wiederholungen nimmt in ähnlicher Weise jährlich zu. Dabei gibt es immer wieder durchaus hochwertige Angebote – im Fernsehen und in der südafrikanischen Politik –, die den Betrachter fesseln. Aber: Häufige Wiederholungen selbst guter Filme ermüden ebenso wie die Wiederholung längst bekannter Planungen und oft artikulierter Erwartungen, wenn eine Serie nicht zu irgendeinem Zeitpunkt den Ausgang einer Geschichte oder eine Präsidentenrede

zur Lage der Nation in angemessener Zeit keine greifbaren Ergebnisse des Regierungshandelns vermelden kann. Daran muss sich auch Ramaphosa messen lassen, zumal er angetreten ist, die 10jährige Lähmung des Landes durch die Präsidentschaft seines Vorgängers zu überwinden und Fehlentwicklungen zu korrigieren.

Warum aber gelingt es dem Staatspräsidenten nicht, in einem inzwischen breiteren politischen Spektrum Südafrikas Mehrheiten für ein gemeinsames Vorgehen in schwierigen Zeiten zu organisieren? Warum gelingt es dem ANC-Präsidenten nicht, innerparteiliche Querelen zu überwinden, entschlossen gegen korrupte Kader vorzugehen und den über 100jährigen „politischen Veteranen ANC“ zum gemeinsamen und solidarischen Kampf gegen Armut, Ungleichheit, Arbeitslosigkeit, Korruption, Kriminalität zu mobilisieren? Die Fragen können wir aus der Distanz leicht formulieren. Es wäre gut, wenn wir auch dazu beitragen könnten, Antworten, gute Ideen und innovative Lösungen anzubieten. Aber – und das lehrt uns nicht zuletzt der Blick vor die eigene Haustüre in Deutschland – solche Antworten sind inzwischen wohl nirgendwo leicht zu finden. Und deshalb müssen wir uns wohl mit ständigen Wiederholungen und dem „business as usual“ abfinden – in Südafrika aber auch anderswo, z.B. im deutschen Fernsehen.

Aber vielleicht legt Finanzminister Tito Mboweni in seiner Haushaltsrede eine neue Serie mit überraschendem *Plot*, einem guten und spannenden Drehbuch und unverbrauchten Darstellern vor.

Wir sind gespannt, bleiben dran und schalten auf jeden Fall wieder ein!

Klaus Brückner

Südafrika in der Corona-Falle?

Das Land am Kap verbinden wir in diesem Jahr nicht mit der Möglichkeit, während kürzerer Reisen oder bei längeren Aufenthalten das deutsche Schmuddel-Winterwetter mit viel Sonne, Besuchen von Weingütern und allerlei Freizeitaktivitäten tauschen zu können. Vielmehr steht die Gefahr der Ausbreitung der südafrikanischen Mutationsvariante wegen ihrer deutlich höheren Ansteckungsgefahr und meist schwereren Verläufen in unseren Schlagzeilen. Erfreulicherweise liegt sie bisher bei der Ausbreitung in Deutschland mit Fallzahlen im ein- bis (niedrigem) zweistelligen Bereich noch weit hinter der britischen Variante.

Anwendung an Wohnorten mit hoher HIV-Belastung zu Problemen führen könnte.

Bisher wurden ca. 1,5 Mio. Südafrikaner infiziert, ca. 48.000 starben und 8,7 Mio. Bürger konnten getestet werden. Das Land hat die 2. Welle gerade hinter sich, die - ähnlich wie bei uns - durch zu schnelle und zu starke Lockerungen des Lockdowns vor dem Jahreswechsel ausgelöst wurde. Jetzt fürchtet das Land wegen der Mutationen eine 3. Welle. Dennoch scheut sich die Regierung, schon jetzt wieder Verschärfungen im Kontrollregime zu veranlassen.

In Südafrika wird ab dem 17.02.2021 das Vaccin von Johnson & Johnson im Rahmen einer Anwendungsstudie (Phase 3 b) an medizinisches Personal verimpft und (ähnlich wie in Israel) damit frühes Impfen mit der Bereitstellung von Daten für den Hersteller verbunden.



Natürlich hatte der Lockdown (Stufe 5) in der 2. Jahreshälfte 2020 gravierende Folgen für die südafrikanische Wirtschaft. Dennoch wurden 2020 beachtliche 400.000 Arbeitsplätze geschaffen, auch wenn gleichzeitig ungefähr um die 2,5 Mio Arbeitskräfte arbeitslos wurden oder in Kurzarbeit gingen. Besonders zu leiden hatten z.B. die Taxiunternehmer, deren grenzüberschreitendes Geschäft nach Schließung der Grenzen weggebrochen ist (Verlust ca. 100 Mio. R / ca. 4,9 Mio €), auch wenn sie in „normalen Jahren“ im Inlandsverkehr 5 Mrd. R mit dem Transport von 16,5 Mio Passagieren erwirtschafteten. Derzeit dürfen die Taxibusse nur max. 70 % ihrer Kapazität nutzen.

Die Versicherungsunternehmen dürfen sich nicht auf höhere Gewalt berufen, sondern müssen nach einem Urteil des obersten Gerichts alle Unternehmen entschädigen, die sich gegen Betriebsunterbrechung versichert hatten. Das ist eine gute Nachricht für die Einzelhändler, Hotels und Restaurant ebenso wie Kinos, Busunternehmen (z.B. die auch in Südafrika beliebten Greyhound und Cityliner), also vor allem Unternehmen, die viel Personal auf gering qualifizierten Stellen beschäftigen. Aber wer von diesen ist schon gegen dieses Risiko versichert?

COVID-19 STATISTICS IN SOUTH AFRICA



Und schließlich musste Südafrika Anfang Februar seine erste Impfkampagne abbrechen, weil sich bei ersten Tests herausstellte, dass sich der Impfstoff von AstraZeneca gerade bei einer weniger starken Virusbelastung nach der 1. Impfung als weniger wirksam erweist und eine erneute Ansteckung vor allem mit einer Mutationsvariante schließlich doch zur Erkrankung führen könnte. Der russische Impfstoff Sputnik-V bedarf noch weiterer Untersuchungen in Südafrika, da seine

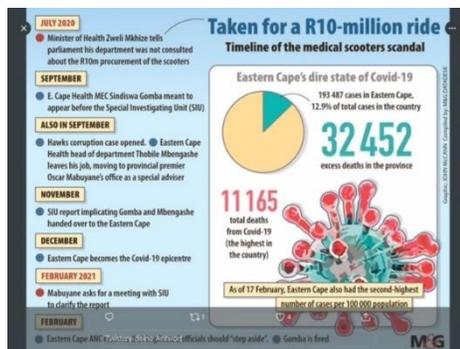
(„[coronavirus.co.za](https://www.coronavirus.co.za)“), auf der auch die vorgenannte Strategie dargestellt wird, Anerkennung.

Präsident Cyril Ramaphosa hat sich als Präsident der AU (bis 06.02.2021) große Meriten verdient, indem er eine Beschaffungskampagne für den ganzen Kontinent erfolgreich angestoßen hatte und deshalb von seinem Nachfolger, dem Kongolesen Félix Thsisekule, zum Sonderbeauftragten für diesen Sektor ernannt wurde.

Neben Unterstützungsmaßnahmen für die Unternehmen (allerdings in deutlich geringerem Umfang als sie bei uns zumindest angekündigt wurden) versucht die Regierung vor allem denen mit monatlich 350 Rand zu helfen, die keine andere staatliche Unterstützung (also Renten, Waisengeld, Sozialhilfe etc.) erhalten (vom 31.01. verlängert bis 30.04.).

Die Sonderuntersuchungseinheit (SIU), die sich mit 2.533 (potentiellen und erledigten) Betrugsfällen im Zusammenhang mit den Beschaffungsmaßnahmen für Schutzkleidung, Masken, Sauerstoff seit August 2020 befasst, hat einen Zwischenbericht vorgelegt, der Kenner zwar nicht überrascht, aber dennoch erschütternd ist. Sie untersuchte bisher 1.774 Fälle, denen staatliche Ausgaben in der Zeit vom April bis November 2020 iHv mehr als 13 Mrd. Rand zugrunde liegen, also mehr als ein Drittel der 30,7 Mrd. Rand Gesamtvertragssumme. Sie betreffen u.a. den Ehemann der (suspendierten) Sprecherin von Präsident Ramaphosa und den entlassenen Gesundheitsminister der Provinz Gauteng. Im letzteren Fall geht es um einen Vertrag über 139 Mio Rand, bei dem vom Anbieter Preise gefordert und offenbar auch bezahlt wurden, die zwischen 211 % und 542 % über den Marktpreisen liegen. Bisher konnten immerhin 127 Mio. Rand in die Staatskasse zurückgeführt und weitere 160 Mio. Rand konfisziert werden. Schließlich: Für 6.140 Regierungsangestellte (von denen einige tot sind oder in Gefängnissen einsitzen) wurde in sehr vielen Fällen unberechtigt Kurzarbeitergeld in Höhe von ca. 41 Mio. Rand

beantragt. Bisher wurden in diesem Komplex 75 Strafverfahren eingeleitet. Die gute Nachsicht ist also, dass die Mühlen der Justiz auch in Südafrika immer noch sorgfältig mahlen und das nicht einmal langsam. Gleichzeitig macht die SIU weitreichende Vorschläge, wie derartiger Missbrauch in Zukunft verhindert werden kann.



Allerdings wird der Erfolg solcher Anstrengungen letztlich davon abhängen, ob sich die Regierung und vor allem Präsident C. Ramaphosa gegen die mutmaßlich kriminellen Spitzenpolitiker im ANC durchsetzen können oder nicht. Im Blick auf J. Zumas Weigerung, trotz der vom Verfassungsgericht gebilligten Vorladung durch die Zondo-Untersuchungskommission vor dieser zu erscheinen (die jetzt mit einem Haftbefehl durchgesetzt werden muss), hatte der Präsident von drohendem Chaos gesprochen.

Auch der ANC-Generalsekretär Ace Magashule scheint sich der Rücktrittsforderung des obersten Parteiorgans zwischen den Parteitag, dem National Executive Council / NEC, widersetzen zu wollen.

Das Land, die Regierung und der ANC müssen also weiter gewaltige Probleme bewältigen, wenn sie in der Nach-Pandemie-Zeit die Voraussetzungen für den Wiedereinstieg in eine nachhaltige Entwicklung schaffen wollen. Vielleicht geht es nicht ohne eine Spaltung des ANC, was aber zu einer starken äußerst linken und wahrscheinlich aggressiven Opposition, bestehend aus dem EEF und dem linken Flügel des ANC, führen dürfte.

Hans-Werner Bussmann

Tipps und Hinweise



In seiner aktuellen Studie „Europa- Afrika: Die Neuorientierung in Angriff nehmen“ analysiert **Professor Robert Kappel** die wirtschaftlichen Beziehungen der Europäischen Union und Afrikas und macht

Vorschläge für eine Neuorientierung – auch vor dem Hintergrund der globalen Corona-Pandemie.

Die von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichte Studie finden Sie [hier](#)

Einladung zu einer
Gemeinschaftsveranstaltung (online)
Deutsche Afrika Stiftung und Brot für die Welt
23. Februar 2021 – 15h30 – 17h00
„Ausländische Privatinvestitionen in Afrika – Segen oder Fluch? – Unter welchen Bedingungen private Investitionen für nachhaltige Entwicklung sorgen“
Vorstellung und Diskussion einer Studie, die unser Vorstandsmitglied Dr. Matthias Witt mit seiner WINS Global Consult im Auftrag von Brot für die Welt erstellt hat.

Anmeldung bis 22.2.2021 [hier](#)

Unser Mitglied Ulrich Nitschke wirbt für
WEpads – Sustainable Sanitary Pads for South Africa

Die Initiative "WEpads" will die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit von Frauen in Afrika stärken. Orientiert an Beispielen in Indien fördert WEpads Initiativen von Frauen, die zu geringen Kosten biologisch abbaubare Hygieneartikel für Frauen herstellen und Aufklärung über Menstruation und Hygiene anbieten.

Nähere Informationen erhalten Sie bei **Jonathan Knickmann (Enactus Wuppertal e.V.)**
wepads@wuppertal.enactus.de

National Development Plan – Vision 2030

Der Stand der Dinge

Im Dezember 2020 hat die Nationale Planungskommission der Südafrikanischen Regierung mit Unterstützung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Südafrika, einen Zwischenbericht zu dem Nationalen Entwicklungsplan erstellt, der seit 2012 den Weg zur Erfüllung der „Vision allgemeinen Wohlstands im Jahr 2030“ beschreibt.

In der Zusammenfassung ([hier](#)) werden die zentralen Gefahren für eine Abwärtsspirale des im letzten Jahrzehnt politisch und wirtschaftlich zunehmend instabiler gewordenen Landes beschrieben, dessen Verwundbarkeit durch die Corona-Pandemie nicht nur dramatisch verdeutlicht wird, sondern sich ebenso dramatisch vergrößert hat.

„Der einzige Weg, diese Abwärtsspirale zu verlassen, ist die Rückbesinnung auf Ziele der Verfassung. Wir müssen den Weg zu breitenwirksamem Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand beschreiten. Die Grundlagen dafür sind ein leistungsfähiger Staat, eine effektive Führung der wichtigsten staatlichen Institutionen und fiskalische Belastbarkeit. Es gibt für diese Ziele keinen Platz für Zynismus oder Ausweichmanöver.“

Es gibt kein Land, das sich aus einer solchen Abwärtsspirale befreit und nachhaltiges Wachstum erreicht hat, in dem nicht vorrangig die staatlichen Institutionen gestärkt wurden. Sinnvolle und engagierte Partnerschaften sind ebenfalls entscheidend für die Umsetzung der TOP-Ziele unseres NDP. Alle unsere gemeinsamen Energien müssen wir auf diese wichtigsten grundlegenden Prioritäten des NDP ausrichten.“

Auszug aus der Einführung des NDP-Reviews vom Dez. 2020

„Die Abwärtsspirale muss beendet werden“ – so der dringliche Appell der Autoren des Statusberichts. In mehreren Kapiteln analysiert der Bericht den Stand der Dinge und benennt die wichtigsten Ursachen für unzureichende Fortschritte und Fehlentwicklungen.

Südafrika, so die statistischen Aussagen, habe sich bis 2009 auf einem stets nach obenweisenden Weg befunden. Die „baseline-Daten“ des NDP aus dem Jahr 2011 spiegelten deshalb eine solide Grundlage

für einen weiteren Weg in Richtung der ambitionierten Entwicklungsziele für das Jahr 2030 wider.

Die Zwischenbilanz offenbart jedoch eine Reihe von Rückständen und absehbaren Risiken – verstärkt durch die nicht vorhersehbaren Konsequenzen der Corona-Pandemie. Dennoch zeigen sich die Verfasser des Berichts optimistisch, wenn durch gezielte Entscheidungen und Maßnahmen die Voraussetzungen für eine Rückkehr auf den Wachstumspfad und den Weg zur

Stabilisierung geschaffen und die Chancen erhöht werden, die „Vision 2030“ Realität werden zu lassen.

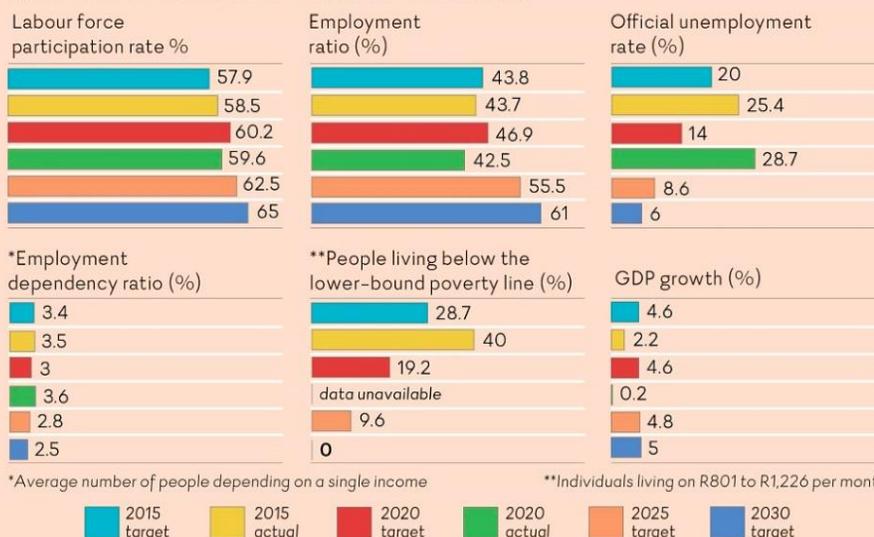
Allerdings zeigen die anschaulich in der Grafik dargestellten Vergleiche der Zielgrößen mit den tatsächlichen Werten, in welchem Maße die Wachstumsdefizite negativ auf die Beschäftigung wirken und damit auch die Schere der Ungleichheit weiter öffnen.

Der Review gibt einen umfassenden Überblick, welche Faktoren in besonderer Weise adressiert werden müssen, um die Orientierung auf die Ziele 2030 wieder zu erlangen.

Dazu zählt er eine Reihe von Empfehlungen und Maßnahmen auf:

ARE 2030 TARGETS ACHIEVABLE?

NATIONAL DEVELOPMENT PLAN's TARGET AREAS



Review des National Development Plan South Africa – NDP- durch die National Planning Commission -NPC- Dezember 2020 “Aus der Abwärtsspirale zurück auf den Wachstumspfad zur Vision 2030“ – die wichtigsten Maßnahmen“

Reaktionen auf die Covid-19-Pandemie

Unterstützung von Unternehmen und Arbeitnehmern; Fokus auf beschäftigungsintensive Sektoren; öffentliche Beschäftigungsprogramme

Öffentlicher Dienst

Nachhaltige und fiskalisch vertretbare Gehaltsstruktur im öffentlichen Dienst erfolgreich mit den Gewerkschaften verhandeln; Aus- und Fortbildung

Wiederherstellung der fiskalischen Nachhaltigkeit

Reform der Steuerverwaltung; Ausgaben auf Wirksamkeit prüfen; Gehaltsstrukturen im öffentlichen Dienst erfolgreich reformieren; Governance der Staatsunternehmen wiederherstellen; Stabilisierung der Kommunalfinanzen und konsequente, glaubwürdige Korruptionsbekämpfung

Kapital

Stärkung der Infrastruktur, Wiederbelebung des Tiefbausektors; effizienter und effektiver Mitteleinsatz bei Infrastrukturmaßnahmen; Investitionsanreize für Privatsektor und zugleich: Beseitigung der „Baumafia“

Arbeit

Verbesserung der Unterstützung / Vermittlung Arbeitssuchender; Förderung harmonischer Arbeitgeber-/Arbeitnehmerbeziehungen; Sozial- und Arbeitsschutz auch in kleinen und mittleren Betrieben; Qualifizierungs- und Entwicklungspakte mit den Gewerkschaften insbes. im Bereich öffentlicher Dienstleistungen

Bildung

Standards für die Rechenschaftspflicht im Schulsystem, Anhebung der Leistungsstandards für Lesen und Rechnen in der Grundschule; Verbesserung der digitalen Bildung; Förderung des Zugangs armer junger Menschen zu Bildung, Ausbildung und Studium; Integration von Kompetenzentwicklung in Wachstumsstrategien; Anreize zur beruflichen Bildung

Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung

Arbeitsintensive Branchen fördern/ausweiten; Auslandsnachfrage stimulieren einschl. Tourismus; Visa-Erleichterungen; Sozialpläne für Arbeitskräfte gescheiterter Unternehmen; Exportvolumen RSA steigern; Leistungsniveau des öffentlichen Dienstes an Privatsektor anlehnen; Normen und Standards für erleichterten Handel reformieren; höherwertige Dienstleistungsexporte fördern einschl. Unternehmensdienstleistungen und online-Handel für Afrika; Stärkung des regionalen Handelsverkehrs und grenzüberschreitender Investitionen; KMU-Förderung; Berücksichtigung lokaler Unternehmen bei Beschaffungen; Berücksichtigung kleiner und mittlerer Unternehmen in allen Sektorplänen

Staat

Qualifizierung und Professionalisierung des Öffentlichen Dienstes; Klärung und Stabilisierung der Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung; Verbesserung der Funktionsweise zwischen den staatlichen Ebenen; Stärkung der Kommunalverwaltung und -aufsicht; Wiederherstellung von Governance in den staatlichen Unternehmen; Transparenz bei Ausschreibungen; Rechenschaftspflicht von Entscheidern.

Informations- und Kommunikationstechnologie

Ziele von SA Connect mit Beteiligung des privaten Sektors zu erreichen versuchen; einkommensschwachen Haushalten, Gemeinden, öffentlichen Einrichtungen die Beteiligung an SA-Connect ermöglichen; Digitalisierung der Verwaltung; Vertiefung der Qualifikation für IKT; E-Commerce, digitales Finanzwesen und Unternehmertum fördern

It's the economy – stupid“ – oder sind es doch die Narrative?



Eine Woche vor der State of the Nation Address und als ausdrücklich persönlichen Beitrag zu einer

zunehmend kontroversen Diskussion über „den richtigen Weg“ zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise des Landes äußerte sich **Trudy Makhaya**, Wirtschaftsberaterin von Präsident Ramaphosa, besorgt über die psychologische Wirkung „fehlerhafter Narrative zur südafrikanischen Wirtschaft“ (Business Day, 7.2.2021 „Flawed narratives about SA's economy have real effects“ ([hier](#)).

Als „Kronzeugen“ für die Gefährdung der Wirtschaft durch falsche Erzählungen, zitiert sie Nobelpreisträger *Robert Shiller* mit seiner Warnung, „dass manchmal der Hauptgrund für eine schwere Rezession eher in der Verbreitung und Lebhaftigkeit von Erzählungen liegt als durch rein wirtschaftliche Auswirkungen oder Multiplikatoren, die Ökonomen so gern modellieren.“

Makhaya plädiert für einen realistischen Blick auf die Lage Südafrikas und für einen gangbaren Weg zwischen den beiden zur Zeit diskutierten Extremen einer radikalen Umverteilung einerseits und dem Glauben an einen „voluminösen Output südafrikanischer *Planophilie*“ andererseits. Für sie bestätigt der NDP Review die im kürzlich verabschiedeten *Economic Reconstruction and Recovery Plan* festgelegte Strategie, dass es eines ausgewogenen Bündels nachfrage- und angebotsseitiger Maßnahmen bedarf, um die negativen Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft zu überwinden und sie zurück auf den Weg einer strukturellen Transformation zu führen.

Sie erinnert daran, dass auch in Südafrika die Erwartung einer „Friedensdividende“ zum Ende des Kalten Krieges und der Apartheid rasch enttäuscht worden sei. Tatsächlich sei das Pro-Kopf-Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Südafrika in den letzten 50 Jahren nicht merklich gestiegen mit Ausnahme von zwei Phasen des Rohstoff-Booms in den 1960er und 2000er Jahren. Die gegenwärtige schwarze Mittelschicht - soweit sie nicht der von Missionaren gebildeten Elite angehöre - sei klein, vermögensarm und von geringer intergenerativer Mobilität.

Eine nachhaltige Überwindung der Armut in Südafrika, so ihre Analyse, setze eine lange Periode anhaltenden Wachstums voraus – nicht zwingend mit hohen Raten, aber stetig und unter sorgsamer Vermeidung von Rückschlägen.

Radikale Veränderungen mit aggressiver Umverteilung und dem Einsatz von Geldpolitik seien dagegen das falsche Rezept.

Wenn überhaupt, führe dies nur in Ländern zum Erfolg führen, die eigenständig Wachstum generieren und somit über ein hohes Maß an wirtschaftlicher Souveränität verfügten und zudem weltwirtschaftlich integriert seien.

Südafrika sei aber eine kleine offene Volkswirtschaft und extrem abhängig von Importen und importierten Vorprodukten für die sekundären und tertiären Industrien. Das Land benötige somit in hohem Maße Fremdwährung – bei einem ohnehin volatilen Wechselkurs. Auch die Staatschulden – wenngleich in Rand ausgewiesen – würden größtenteils von ausländischen Investoren gehalten. Südafrikanische Unternehmen seien zudem sehr anfällig für die Stimmung ausländischer Aktionäre.

„Verbreiten wir vernünftige Narrative über unsere Wirtschaft? Inwieweit sind wir immun geworden gegen den narrativen Apparat unserer repressiven Vergangenheit?... Ich plädiere dafür, sorgfältig zu überlegen, wie unsere Worte zu unserem wirtschaftlichen Potenzial beitragen oder es beeinträchtigen.“

Der Weg nach vorn liegt im prinzipiellen Pragmatismus. Die Geschichte, die wir entwerfen sollten, ist die eines Landes mit einer abscheulichen Geschichte, das sein Bestes gibt, um die Struktur und Leistung seiner Wirtschaft zu verändern. Wir können es uns nicht leisten, in ansteckenden, schädlichen, sich selbst erfüllenden Narrativen zu schwelgen.“

Trudy Makhaya,

Economic Advisor to President Ramaphosa

Wer andererseits Südafrika vorhalte, zwar Weltmeister im Planen zu sein, aber auch nicht ansatzweise Elan oder Engagement für die Umsetzung zu zeigen, sei dagegen noch zu sehr in der Gedankenwelt des überholten „*Washingtoner Konsens*“ verhaftet.

Da werde zu sehr auf die Köche und zu wenig auf die Rezepte geschaut.

Es gelte jedoch, schon genauer auf das zu schauen, was sich die Regierung vorgenommen habe, um komparative Vorteile, Unternehmensgründungen und stärker diversifizierte Wertschöpfungsketten zu fördern. Die Malaise Südafrikas sei eben „nicht nur einfach eine Frage perfekter Politik, die durch Korruption und Inkompetenz konterkariert werde“.

Ja, die Welt sei ungeduldig mit SA geworden, und niemand bestreite die harten wirtschaftlichen Fakten. Aber der „*Homo Narrativ*“ der Gegenwart nutze sie gern für krude, essentialistische Erzählungen. Wer sich überhaupt für Südafrika interessiere, spreche nicht selten von einer Nation, die in eine „*Funktionsstörung nach ihrer Befreiung*“ („*post liberation dysfunction*“) abrutsche.

Nach ihrer Auffassung fördern und verstärken viel zu viele Südafrikaner*innen dieses Narrativ. Sie warnt davor, dass Unterstellungen, Verschwörungstheorien oder Vorurteile, die Weltuntergangserzählungen in radikalen Kreisen oder in abgeschiedenen Sitzungsräumen befeuern, das Vertrauen der Wirtschaft und der Verbraucher zerstören.

Klaus Brückner

Landreform in Südafrika – Weg in die Katastrophe oder zwingende Notwendigkeit?

Unbedingter Schutz von Grundeigentum oder Umverteilung von Land als ein Mittel zur Überwindung von Ungleichheit – der von der südafrikanischen Regierung im Oktober letzten Jahres der Öffentlichkeit vorgestellte Entwurf eines Gesetzes zu den Bedingungen und Regeln von „Enteignungen“ (s. *Newsletter 10/2020*) ist Gegenstand heftiger Kontroversen.

In einer Zeit, in der Südafrika mit den massiven Folgen der Corona-Pandemie zu kämpfen und Cyril Ramaphosa sich als Präsident des ANC heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen um den früheren Präsidenten Zuma und die „Compliance“ von ANC Generalsekretär Mashagule gegenüberstellt, geht das Gesetzgebungsverfahren in seine letzte parlamentarische Phase und soll im März verabschiedet werden. Vor Ablauf der Frist für öffentliche Kommentare haben sich in den vergangenen Wochen Befürworter und Gegner in Presse und Öffentlich-

keit einen heftigen Schlagabtausch geliefert. Auch in der deutschen Öffentlichkeit wird die Entwicklung beobachtet.

Die Einschätzungen über ihren Ausgang reichen von der Sorge, dass Südafrika ein ähnliches Schicksal wie Simbabwe erleben werde bis zu einem Vertrauen in die südafrikanische Politik und die demokratischen Institutionen, bald einen verlässlichen Schlusspunkt und eine nachhaltige Lösung für die seit Überwindung der Apartheid schwelende Diskussion über eine gerechte Landreform zu finden. Frühere Versuche zwischen 2008 und 2018 waren

Contra Enteignungsgesetz

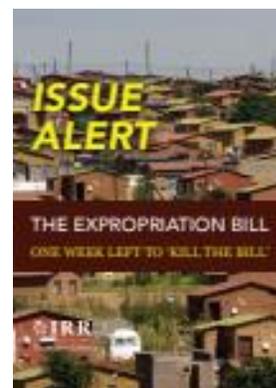
Wir möchten Ihre Aufmerksamkeit auf zwei Stellungnahmen – „Pro und Contra“ - richten, die beispielhaft für die zum Teil erbittert, nicht selten polemisch und sehr grundsätzlich geführte Diskussion stehen:

Dr. Anthea Jeffery, Institute for Race Relations: „...noch eine Woche Zeit, um das Gesetz zu killen“ ([hier zu lesen](#))



Für die Juristin **Anthea Jeffery** ist das Gesetz eine drakonische Maßnahme, mit der Millionen Südafrikaner – weiße ebenso wie die inzwi-

schischen 8,7 Mio. schwarzen Eigentümer - ihrer Häuser und Vermögenswerte beraubt werden könnten, ohne dass ihnen eine der Verfassung entsprechende Möglichkeit einer vorherigen gerichtlichen Entscheidung oder auch nur ein faires Verfahren und angemessene Entschädigung garantiert wird. Streitbar formuliert sie, es sei deshalb eine „lebenswichtige Notwendigkeit, den Gesetzentwurf zu töten“.



Ihre politischen Argumente begründet sie vor allem mit den Gefahren zu großer Interpretationsspielräume unbestimmter Begriffe und

BILL

To provide for the expropriation of property for a public purpose or in the public interest; to provide for certain instances where expropriation with nil compensation may be appropriate in the public interest; and to provide for matters connected therewith.

PREAMBLE

WHEREAS section 25 of the Constitution of the Republic of South Africa, 1996, provides as follows:

“Property

25. (1) No one may be deprived of property except in terms of law of general application, and no law may permit arbitrary deprivation of property.

(2) Property may be expropriated only in terms of law of general application—

(a) for a public purpose or in the public interest; and
(b) subject to compensation, the amount of which and the time and manner of payment of which have either been agreed to by those affected or decided or approved by a court.

(3) The amount of the compensation and the time and manner of payment must be just and equitable, reflecting an equitable balance between the public interest and the interests of those affected, having regard to all relevant circumstances, including—

(a) the current use of the property;
(b) the history of the acquisition and use of the property;
(c) the market value of the property;
(d) the extent of direct state investment and subsidy in the acquisition and beneficial capital improvement of the property; and
(e) the purpose of the expropriation.

(4) For the purposes of this section—

(a) the public interest includes the nation’s commitment to land reform, and to reforms to bring about equitable access to all South Africa’s natural resources; and
(b) property is not limited to land.

(5) The state must take reasonable legislative and other measures, within its available resources, to foster conditions which enable citizens to gain access to land on an equitable basis.

(6) A person or community whose tenure of land is legally insecure as a result of past racially discriminatory laws or practices is entitled, to the extent provided by an Act of Parliament, either to tenure which is legally secure or to comparable redress.

(7) A person or community dispossessed of property after 19 June 1913 as a result of past racially discriminatory laws or practices is

Auszug: Präambel des Entwurfs der „Expropriation Bill“ vom 9.10.2020, der in Kürze im südafrikanischen Parlament zur Debatte steht

Bedingungen, die von den für das Verfahren verantwortlichen Kommunen und ihren unfähigen und vielfach korrupten Verwaltungen willkürlich genutzt werden können. Und sie befürchtet, dass das Gesetz am Ende lediglich „als Instrument der Patronage gehalten und benutzt wird, um die Abhängigkeit von der Regierungspartei zu vertiefen“. Das sei Teil einer seit 50 Jahren unveränderten ANC-Strategie, mit einer „nationalen demokratischen Revolution“ den direktesten Weg in eine sozialistische Zukunft zu beschreiten.

Aber: Wegen der von Korruption und Missmanagement durchsetzten Strukturen könne der eigentliche Zweck einer gerechten Umverteilung von Land mit diesem Gesetz ebenso wenig erreicht werden wie die Beseitigung der Wohnungsnot oder eine Landreform, die diesen Namen verdiene. Die Überwindung von Armut und Ungleichheit sei ohnehin nicht durch Gesetze, sondern allein durch Wachstum und Beschäftigung erreichbar.

Das Gesetz werde massive negative Folgen für die Wirtschaft und Investoren haben. Aber selbst jene ANC-Kader in Politik und Verwaltung, die sich von Enteignungen Profit oder einen erleichterten Zugang zu Eigentum erhofften, dürften von den Folgen dieses Gesetzes ebenso negativ betroffen sein, wie Parteifunktionäre in Venezuela oder Zimbabwe, deren ähnliche Hoffnungen zerstoßen seien.

In ihrer Sachargumentation beanstandet **Jeffery** vor allem die Aushebelung von verfassungs- und gewohnheitsrechtlichen Schutzmechanismen durch den im Gesetz vorgesehenen Prozess. Hauptkritikpunkt ist für sie die nicht verfassungskonforme „Umkehr der Beweislast“.

Erläuterung 1: Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte der „Expropriation Bill“ – Entwurf RSA-Regierung vom 9.10.2020:

Der Gesetzesentwurf regelt das Verfahren zur Enteignung von Eigentum gegen Entschädigung für einen öffentlichen Zweck oder im öffentlichen Interesse. Dabei sind alle relevanten Umstände zu berücksichtigen, einschließlich der gegenwärtigen Nutzung, der Geschichte des Erwerbs und der Nutzung, des Marktwerts, des Umfangs erhaltener staatlicher Direktinvestitionen und Subventionen für den Erwerb oder die Wertsteigerung (Erschließung) sowie des angestrebten Zwecks der Enteignung.

Bei einer Enteignung muss eine „gerechte und angemessene“ Entschädigung geleistet werden, die einen fairen Ausgleich zwischen dem öffentlichen Interesse und den Interessen des enteigneten Eigentümers widerspiegelt (s. Erläuterung 2).

Unter bestimmten Umständen sollen aber auch Enteignungen ohne Entschädigung möglich sein, und zwar insbesondere wenn

- *das Land nicht genutzt wird, und der Eigentümer es weder erschließt noch Einkommen daraus erzielt und er nur an der Wertsteigerung interessiert ist;*
- *ein Staatsorgan (Gebietskörperschaft, staatliche Institution, Staatsbetrieb) Land besitzt, ohne selbst dafür bezahlt zu haben, dieses Land aber nicht für seine Kernfunktionen nutzt und dies auch nicht beabsichtigt;*
- *ein Eigentümer das Land verlassen hat und keine Kontrolle darüber ausübt;*
- *der Marktwert des Grundstücks ebenso hoch oder niedriger ist wie der Wert der staatlichen Investition oder Subvention, die für den Erwerb oder Wertverbesserung des Grundstücks erbracht wurden (z.B. vom Staat entwickeltes und bereitgestelltes Land wird nicht produktiv genutzt);*
- *die Art oder der Zustand des Eigentums ein Gesundheits-, Sicherheits- oder physisches Risiko für Menschen oder anderes Eigentum darstellt.*

Das Gesetz sehe vor, dass der Eigentümer eine gerichtliche Überprüfung der Enteignung erst nach Abschluss des Verwaltungsverfahrens anstrengen kann.

Der Enteignete muss dann beweisen, dass die Bedingungen für eine Enteignung nicht gegeben waren. Zwar sei denkbar, auch bereits während des Verfahrens Gerichte anzurufen oder ein Schlichtungsverfahren durchzusetzen; das durchaus hohe Prozess- und Kostenrisiko liege dann aber allein beim Eigentümer und könne wohl nur von wohlhabenden Betroffenen getragen werden.

Jeffery fordert, dass die Enteignungsbehörde vor Gericht den Nachweis zu erbringen hat, dass die Enteignungsbedingungen erfüllt und die relevanten Verfassungsbestimmungen eingehalten werden, also insbesondere das öffentliche Interesse gegeben ist, die Entschädigungssumme angemessen und gerecht ermittelt, die Umstände der Räumung berücksichtigt und das Verfahren insgesamt rechtmäßig und verhältnismäßig durchgeführt wurde.

Nur wenn ein Gericht auf dieser Grundlage eine Entscheidung treffe, könne eine Enteignung als verfassungskonform akzeptiert werden und Missbräuche könnten vermieden werden.

Pro Enteignungsgesetz

Prof. Ruth Hall, Lehrstuhl für Armuts-, Land- und Agrarstudien der *University of Western Cape* und Mitglied des *Presidential Advisory Panel on Land Reform*: „*Warum das Enteignungsgesetz nötig ist – und warum es nicht reicht.*“ ([hier zu lesen](#))



Für **Ruth Hall** ist das Gesetz längst überfällig. Die Regierung habe darin versagt, den Auftrag der 1996 verabschiedeten

Verfassung und ihrer *Bill of Rights* für eine Landreform zu erfüllen. Das deshalb immer noch geltende Gesetz von 1975 ermögliche zwar Enteignungen für öffentliche Zwecke mit Entschädigungen zum Marktpreis, nicht jedoch die in der Verfassung des befreiten Südafrika geforderte Möglichkeit der Enteignung gegen

„gerechte und angemessene“ Entschädigung zum Zweck der Rückgabe oder Umverteilung von Land. In der Verfassungsdiskussion 1995 hätten die Verteidiger des unbedingten Privateigentums zwar die „Schlacht verloren“, nachdem die Aufnahme der Enteignung und des öffentlichen Interesses an Umverteilung bestehender Eigentumsrechte in die Verfassung aufgenommen wurde. Seit über 25 Jahren konnten sie jedoch in dem sicheren Gefühl leben, „den Krieg gewonnen“ zu haben, denn die untätige Regierung habe die Verfassungsgrundsätze nicht umgesetzt. Deshalb habe es auch keine Notwendigkeit gegeben, einem Gesetz durch pro-aktives Handeln die Begründung zu entziehen.

Die aktuelle Diskussion fokussiere erneut auf die Interessen der Eigentümer und weniger auf die potenziell Begünstigten. Das im Gesetz vorgesehene siebenstufige Verfahren der Enteignung biete Eigentümern hinreichend Gelegenheit, ihre Interessen zu artikulieren und durchzusetzen. Der aus **Prof. Hall's** Sicht „unsinnige“ Vorschlag des *Institute for Race Relations*, Enteignungen ausschließlich auf der Grundlage gerichtlicher Entscheidung zu akzeptieren, würde faktisch das „Veto der Landbesitzer“ wieder herstellen. Der Fokus auf die Rechte der Eigentümer zeuge von einem falschen Verständnis von einer Politik der Landreform und Umverteilung. Es gehe ja nicht um eine

Regelung, wie der Staat seine Macht ausübt, sondern um die Macht der Bürger*innen, den Staat für die Umsetzung von Verfassungsrechten verantwortlich zu machen. Es bedürfe einer Regelung, die den Staat zum Handeln veranlasst und nicht darum, wie in der Vergangenheit, durch Nichtstun die Eigentümer schützen und die Landlosen ignorieren. **Hall** rät, mit zwei zusätzlichen Elementen den Prozess zu ergänzen und zu stärken:

- Ein Gesetz zur Landumverteilung sollte Ziele und Maßnahmen beschreiben, die allen Bürger*innen auf einer gerechten Basis Zugang zu Land ermöglichen. Damit würden die Gründe für mögliche Enteignungen beschrieben und die Handlungsnotwendigkeit für den Staat festgelegt.
- Eine Entschädigungspolitik, die transparent die notwendigen Erwägungen für eine angemessene und gerechte Kompensation festschreibt.

Wer beklage, dass die politischen Absichten zu Enteignung und Umverteilung Unsicherheiten in der südafrikanischen Gesellschaft und bei ausländischen Investoren auslöse, müsse eigentlich die Ironie erkennen, dass eine immer wieder angefachte Debatte über einen Verfassungsgrundsatz die eigentliche Ursache für diese Unsicherheit sei und immer wieder aufs Neue befördert werde. Deshalb sei das Gesetz zur Regelung der Enteignung, d.h. zur Ausübung der Macht des Staates in diesem Bereich, eine absolute Notwendigkeit, aber noch nicht ausreichend, um die kontroverse Diskussion zu beenden. Wichtig sei, es durch die vorgeschlagenen Regeln zur Landumverteilung und zur Entschädigung zu ergänzen.

Klaus Brückner

Erläuterung 2: Die 7 Verfahrensschritte bei Enteignung gegen Entschädigung:

1. Der Staat informiert den Eigentümer über die Absicht der Enteignung.
2. Der Eigentümer kann innerhalb 30 Tagen Einwände vorbringen und seine Entschädigungsforderung anmelden.
3. Der Staat hat 20 Tage Zeit, den Antrag des Eigentümers anzunehmen oder abzulehnen und ein begründetes Entschädigungsangebot vorzulegen.
4. Der Eigentümer hat 40 Tage Zeit, um mitzuteilen, ob er mit dem Angebot einverstanden ist.
5. Der Staat entscheidet, ob er das Verfahren fortsetzt oder nicht, und veröffentlicht innerhalb einer "angemessenen Zeit" eine Enteignungsankündigung im Staatsanzeiger.
6. Nach der Bekanntmachung hat der Eigentümer 20 Tage Zeit, um anzunehmen oder abzulehnen. Dann kann die Enteignung stattfinden oder nicht.
7. Schließlich hat der Eigentümer 180 Tage Zeit, die Höhe der Entschädigung vor Gericht anzufechten.